

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

20.4.1927 (No. 91)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. E. N.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einj. 30.— RM. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstage 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Zur Frage der Räumung des Rheinlandes

Wenn im Juni die uns auferlegten Verpflichtungen der Offestungen beendet sein werden, wird sich die deutsche Reichsregierung wohl nicht mehr davon abhalten lassen, die sofortige Räumung des besetzten Gebietes zu beantragen. Die Voraussetzungen des Friedensvertrages von Versailles sind nach der Zerstörung der Offestungen erfüllt. Und, wenn auch nicht geradezu ein Recht auf sofortige Räumung im Friedensvertrag formuliert wird, so haben wir doch nach dem Wortlaut des Vertrages das Recht, eine Abkürzung der Besatzungsfrist zu beantragen, falls wir unsere Verpflichtungen erfüllt haben.

Es ist gut, wenn unser Volk diese Formulierung nicht außer acht läßt. Denn nur so werden wir vor peinlichen Enttäuschungen bewahrt bleiben. Es ist klar, daß es nach dem Wortlaut des Friedensvertrages noch immer bei der Gegenseite liegt, darüber zu befinden, ob nun wirklich die Verpflichtungen von uns erfüllt sind, und darüber eine Entscheidung zu treffen, wann die völlige Räumung stattfinden soll. Für uns ist es selbstverständlich, daß nach dem Abschluß des Vertrags von Locarno, nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und nach Zurückziehung der Militärkontrollkommission von einer Nichterfüllung der Verpflichtungen nicht gesprochen werden kann. Was für uns selbstverständlich ist, braucht aber für die Gegenseite durchaus nicht selbstverständlich zu sein. Und, wenn Frankreich schikanieren will, würde schon allein das Dawesabkommen und seine Durchführung Frankreich Vorwände zu allerlei Unfreundlichkeiten liefern können.

Wenn uns also auch die Rechtslage durchaus günstig ist — insofern, als sie uns jetzt die Einbringung des im Friedensvertrag vorgesehenen Antrags auf Abkürzung der Räumungsfrist gestattet —, wird es schließlich doch die Politik sein, welche das letzte Wort spricht. Das heißt: politische Erwägungen werden für die Haltung der Pariser Regierung maßgebend sein. Diese Erwägungen werden nicht allein durch die außenpolitische Situation, durch wirtschaftspolitische und andere Interessen bestimmt werden, sondern auch durch Rücksichten auf die innerpolitische Lage in Frankreich selbst. Weiterhin werden die früheren Alliierten Frankreichs, vor allem England und Belgien, auf diese Erwägungen Einfluß ausüben. Die Staatsmänner an der Seine werden jedenfalls aus Gefühlsgründen uns sicherlich nichts bewilligen, sondern sich ganz kühl fragen, ob das Interesse Frankreichs die vorzeitige Räumung empfiehlt oder nicht.

Und zweifellos wird man versuchen, das Interesse Frankreichs in der Weise zu wahren, daß man aus dem Ganzen eine nettes Geschäft macht. Man wird also der deutschen Regierung vertraulich erklären, daß man sich eine vorzeitige Räumung nicht ablehnen wolle, daß man aber für dieses „Entgegenkommen“ eine Vergütung erwartet. Deshalb wird ja auch jetzt schon in den der Regierung nahestehenden Pariser Blättern immer wieder und wieder die Ansicht ausgesprochen, Deutschland selbst solle doch einmal mitteilen, was es zur Bewältigung der Bedenken tun könne, die in Frankreich gegen eine vorzeitige Räumung bestehen. Und mit großer Geschicklichkeit werden solche Bedenken aufgeführt — und es sind jedesmal Bedenken militärischer Art, Sorgen um die sog. Sicherheit Frankreichs —, aber kein Einsichtiger ist sich im Zweifel darüber, daß dahinter ganz andere Wünsche, Wünsche wirtschaftspolitischer und geschäftlicher Natur, stecken.

Jedenfalls werden die Verhandlungen mit Frankreich über die vorzeitige Räumung des Rheinlandes recht schwierig werden. Und schon jetzt erwächst den Parteien und der Presse in Deutschland die Aufgabe, die Reichsregierung mit allem Takt und mit aller Klugheit bei diesen Verhandlungen und ihrem Vorspiel zu unterstützen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius ist zum Besuche der Mustermesse in Mailand eingetroffen. Er wurde vom Reichskommissar Dr. Bildele empfangen. Am Dienstag Nachmittag besuchte der Minister das Deutsche Messehaus und ließ sich dort verschiedene deutsche Messebetriebe vorstellen. Nach Begrüßung durch den königlichen Kommissar Riccetti und den Präsidenten der Provinz Mailand nahm der Minister an der Besichtigung der Mustermesse durch das diplomatische Korps teil.

Empfang deutscher Pilger durch den Papst. Der Papst empfing am Dienstag 300 deutsche Pilger.

Die Vereinigten Staaten von Südafrika

Bei der Behandlung der Frage über die Zukunft Südwesafrikas steht man — wie ein Bericht aus Windhof besagt — in dortigen deutschen Kreisen fest auf dem Standpunkte, daß Südwest unter keinen Umständen der Südafrikanischen Union einverleibt werden dürfe um eine südafrikanische Provinz zu werden.

Eher würde man sich mit dem Plan der Schaffung eines „arabischen Südafrika“ d. h. mit der Gründung der „Vereinigten Staaten von Südafrika“ befreunden können, aber nur unter der Voraussetzung, daß dies auf einer föderativen Basis geschehe, denn nur, wenn Südwest ein gleichberechtigtes Mitglied eines solchen Staatenbundes würde, könnte seinen Interessen in Wirklichkeit gebührend werden.

Für ein solches Großsüdafrika bezeichnet man es als erstrebenswertes Ziel, den Zusammenschluß mit Südwest, Rhodesien und Portugiesisch-Südafrika zu erreichen. Es wird betont, wenn die Unionregierung diesen Plan durchführen wolle, müsse sie beizugehen damit beginnen, die Länder, die einst Mitglieder des Staatenbundes werden sollten, als selbständige Staaten zu behandeln. Den Deutschen Südwests müsse die Union volle Autonomie und ihre Muttersprache als Amtssprache geben. Dann könne sie an Südwest herantreten und fragen, ob es ein Teil von Großsüdafrika werden wolle.

Die Erörterung in der deutschen Öffentlichkeit Südwests gab dem englisch gerichteten „Windhof Advertiser“ Gelegenheit, seiner Besprechung darüber Ausdruck zu geben, daß die Deutschen alle Hoffnungen auf die Rückgabe Südwests an Deutschland aufzugeben hätten. Dieser Annahme ist jedoch sofort widersprochen worden. Es wurde dem Blatte erwidert, gerade Südwest wüßte, daß es an Deutschland zurückgelange, schon aus dem Grunde, weil Deutschland für seinen Bevölkerungszuwachs Kolonien unbedingt brauche. Man wisse aber, daß Südwest nicht ein ideales Land für Kolonisten sei. Wenn darum Deutschland ein besserer Ersatz geboten werden sollte, würde man sich damit abzufinden haben und dem Anschluß an eine Staatenvereinigung nicht ablehnend gegenüberstehen, falls die berechtigten Forderungen der Deutschen erfüllt würden.

Der „Windhof Advertiser“ stellt diesen Forderungen mit Rücksicht auf die Notwendigkeit friedlicher Zusammenarbeit der verschiedenen Nationalitäten zum besten Südwestsüdafrika sympathisch gegenüber, während die Johannesburg-Blätter „Volksstimme“ und „Star“ die Unionregierung zu warnen versuchen, damit sie die Bildung eines politischen Fremdkörpers im Unionsgebiet nicht zulasse.

Die Kapstädter „Cape Times“ stellt dagegen Vergleiche zwischen dem südafrikanischen und dem deutschen Einwandererelement an, die nicht zugunsten der Einwanderer aus der Union ausfallen und wünscht, daß eine bessere Auswahl unter diesen getroffen werde.

Auf dem französischen Sozialistenkongress in Lyon

sprach bei einem Vortrage auch der deutsche Delegierte, Abg. Dreitscheid. Er übertrugte den Gruß der deutschen Sozialdemokratie und ging dann auf die deutsch-französischen Beziehungen ein. Er betonte, daß die Befreiung der Saar und des Rheinlandes zur Wiederherstellung vernünftiger Beziehungen zwischen den beiden Ländern unbedingt notwendig sei, da die Befreiung den deutschen Nationalismus stärke und die Aufgaben der internationalen Parteien außerordentlich erschwere. Er lud dann die französischen Delegierten ein, sich auf dem Kongress der deutschen Sozialdemokratie einzufinden.

Nach ihm sprach der jugoslawische Delegierte, dem im Namen der italienischen sozialistischen Partei der ital. Delegierte Morgari antwortete. Er begann mit dem Hinweis, daß er sich nach Paris geflüchtet habe, um dem faschistischen Terror zu entgehen. Italien habe sein Schwert gegen den Westen Europas gewendet, es sich aber anders überlegt, als es feststellte, daß Frankreich doch ein zu starker Gegner sei. Deshalb hat der Faschismus vorläufig auf seinen Ehrgeiz im Westen verzichtet und seine Blicke nach dem Orient gewendet. Güter auch, rief er aus, der Faschismus sucht überall Verbündete, um alle Reaktionen Europas zu vereinen und den glühendsten Tag abzuwarten, um die Demokratien zu zerschlagen. Ich werde, sprach er zum Schluß, jetzt einen Satz aussprechen, der mir vielleicht für immer die Tore meines Vaterlandes verschließen wird: „Wenn der Wüterich, welcher in Rom regiert, eines Tages, wie man befürchten muß, den Krieg entfesselt, werden Millionen von Bewehrten sich nach hinten richten und den Faschismus in den Abgrund stürzen, den er selber geschaffen hat“. Bei diesen Worten erhob sich die ganze Versammlung und brachte dem italienischen Delegierten eine stürmische Ovation dar.

Dann ergriß Blum das Wort. Er stellte fest, daß die auswärtigen Delegierten die Gelegenheit hätten, festzustellen, daß die französische sozialistische Partei tatsächlich von internationalem Geiste in allen ihren Handlungen erfüllt sei. Er betonte dann, daß die französische sozialistische Partei mit der deutschen Sozialdemokratie voll und ganz in der Frage der Räumung des Rheinlandes einig gehen und brachte zum Schluß einen Trinkspruch auf die Internationale aus.

Die Lohnerhöhungen bei der Reichsbahn. Die Mehrbelastung der Reichsbahn durch den verbindlich erklärten Schiedspruch beläuft sich laut „B. Ztg.“ nach zuverlässigen Schätzungen für die neun Monate des Geschäftsjahres 1927 auf etwa 50 Millionen M. Da dieser Betrag nicht aus den bisherigen Einnahmen genommen werden kann und andererseits außerordentliche Mehreinnahmen nicht in Aussicht stehen, so ist damit zu rechnen, daß eine Kürzung der Bauvorhaben eintreten wird.

Gemeindebetriebe und ihre Tarife

Die Gemeinden sind in einem Umfang, wie man es früher kaum für möglich gehalten hätte, Unternehmer geworden. Im Haushalt der Gemeinden spielen die gemeindeeigenen Betriebe eine nicht unbedeutende Rolle. Während sie in den Inflationszeiten manchmal eine gefährliche Defizitquelle waren und hohe Zuschüsse erforderten, tragen sie gegenwärtig bereits in nicht wenigen Gemeinden ansehnliche Beiträge zur Deckung des Finanzbedarfs der Gemeinden bei. In der bekannten Denkschrift des Deutschen Städtetages „Städte, Staat, Wirtschaft“ werden für die vom Städtetag untersuchten Stadtkreise die Überschüsse aus gewerblichen Betrieben in den gemeindlichen Etats des Jahres 1925 auf 11,40 Mark pro Kopf der Bevölkerung beziffert. Diese Überschüsse deckten nicht weniger als 15 Prozent des gesamten Finanzbedarfs dieser Gemeinden. Gegenüber dem Vorkriegsetat sind die Zuschüsse, die die gewerblichen Gemeindebetriebe zur Deckung des Finanzbedarfs leisten, sowohl auf den Kopf der Bevölkerung als auch anteilmäßig in Prozenten des Gesamtfinanzbedarfs berechnet, nicht unerheblich gewachsen. Auf der anderen Seite ist dadurch freilich die Gefahr akut geworden, daß die Gemeindebetriebe zu einem Instrument indirekter Besteuerung gemacht werden. Die Besteuerung belastet die Benutzer oder Abnehmer der Gemeindebetriebe, führt also unter Umständen dazu, daß ein Teil der Einwohner in übermäßiger Weise zur Deckung des Finanzbedarfs der Gemeinden herangezogen wird.

Wo die Grenzen liegen, innerhalb deren die Tarife der Gemeindebetriebe die Selbstkosten übersteigen dürfen, läßt sich schwer bestimmen. Im allgemeinen werden diese Grenzen auch fließend sein, das heißt sie werden je nach Lage des Einzelfalles verschieden festgelegt werden müssen. Übereinstimmung besteht darüber, daß der Zweck eines Gemeindebetriebes nicht die Erzielung von hohen Überschüssen sein soll. Auf der anderen Seite wird man freilich nicht verlangen dürfen, daß die Tarife in keinem Falle über den Ertrag der Selbstkosten hinausgehen. Es gibt ja auch eine Reihe von Gemeindebetrieben, die mit Privatbetrieben in freiem Wettbewerb stehen. Da diese Privatbetriebe aber auf Überschüsse angewiesen sind, so würden ihnen die Gemeindebetriebe unläutere Konkurrenz bereiten, wenn sie sich lediglich auf die Einbringung ihrer Bestehungslosten beschränken und auf Gewinne grundsätzlich verzichten würden. Gemeindebetriebe bedürfen ebenso wie Privatbetriebe einer Kapitalanlage, und diese Kapitalanlage muß in normaler Weise zurückgeführt werden. Außer dem Ertrag der Bestehungslosten soll also ein vernünftig geleiteter Gemeindebetrieb auch für das in ihm angelegte Kapital eine normale Vergütung herauswirtschaften. Dabei darf freilich nicht eine rückwärtslose Überschufwirtschaft betrieben werden; vielmehr soll der Gemeindebetrieb auch in dieser Hinsicht den Privatunternehmungen mit gutem Beispiel vorangehen. Er wird sogar in manchen Fällen weit eher auf ein Privatbetrieb auf die Erzielung eines Gewinnes verzichten können, weil ja eine gute Befriedigung des Bedarfs der Gemeindeangehörigen der Hauptzweck seines Daseins ist.

Eine ganz andere Frage ist die, ob eine Gemeinde in den von ihr betriebenen Monopolunternehmungen über die Erzielung einer normalen Kapitalrente hinaus Finanzzuschläge erheben darf, um diese zur Deckung ihres Finanzbedarfs zu verwenden. Solche Finanzzuschläge stellen dann nämlich nicht mehr einen normalen Betriebsgewinn dar, sondern eine Sonderbesteuerung der Verbraucher, die bei Monopolbetrieben auf die Belieferung durch die Gemeinden angewiesen sind. Es ist sicherlich nicht gerecht, diesen Verbrauchern eine Sondersteuer zu Gunsten der Gesamtheit der Gemeindeangehörigen aufzuerlegen.

Angedachte Besprechungen über den Dawesplan

„Deutsche Zeitung“ und „Kreuzzeitung“ haben in den letzten Tagen Meldungen gebracht, nach denen der Reichsminister des Äußern von Unterhandlungen zwischen dem Generalagenten für die Reparationszahlungen, der Reparationskommission und der amerikanischen Bankfirma Morgan über eine Änderung des Dawesplanes Kenntnis hat, die auf eine Belastung der Reichspost, auf eine Erhöhung der Industriebelastung und eine Umgestaltung der Verbrauchsabgaben hinauslaufen. Angeblich soll der Reichsminister des Äußern über solche Pläne auch mit dem amerikanischen Bankier Kahn gesprochen haben.

Das B.Z. ist ermächtigt, demgegenüber auf das Bestimmteste zu erklären, daß weder der Reichsminister des Äußern noch der Reichsminister der Finanzen, noch eine andere amtliche Persönlichkeit von diesen angeblichen Verhandlungen des Generalagenten mit der Reparationskommission und der Firma Morgan Kenntnis haben, noch auch mit Kahn darüber gesprochen haben.

Begnadigung zweier Russen. Vor einiger Zeit wurde Schabelski-Bork, einer der Würdigen des im Exil lebenden russischen Journalisten, Senator Raboloff, nach 4½jähriger Verbüßung seiner auf 12 Jahre Zuchthaus lautenden Strafe vom preussischen Justizminister mit jährlicher Bewährungsfrist begnadigt. Jetzt soll auch sein Komplize, der ehemalige russische Oberleutnant Latoroff, der zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, aus der Strafanstalt entlassen werden. Die Begnadigten haben im März 1922 auf dem in der Berliner Philharmonie einen Vortrag haltenden ehemaligen russischen Minister Miluloff ein Attentat geplant. Die Schüsse trafen aber nicht Miluloff, sondern den neben ihm stehenden Raboloff.

Mit der Beilage: 23. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Politische Neuigkeiten

Zur Ausgestaltung der Exportkreditversicherung

Zu den in der Tagespresse erfolgten Mitteilungen über die Ausgestaltung der Exportkreditversicherung wird aus Berlin mitgeteilt, daß es sich dabei um ein neues System der Exportkreditversicherung handelt. Die sogenannte Handelsversicherung unterzieht vielmehr den bekannten Grundsätzen der von der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G. und der Hermes Kreditversicherungsanstalt A.-G. betriebenen Exportkreditversicherung. Sie stellt eine Abwandlung der bisher üblichen Form der Versicherung einzelner Warenforderungen dar und bezweckt die erleichterte Abwicklung des Geschäftsverkehrs zwischen dem Exporteur und der versichernden Gesellschaft. Der exportierenden Firma wird damit die Gelegenheit gegeben, ihren Gesamtumsatz nach den jeweils im Verträge genannten Ländern zu versichern, wobei sich naturgemäß eine größere Risikoverteilung ergibt, die dem Aufbau des ganzen Versicherungsbestandes zugutekommt. Dadurch werden die Versicherungsanstalten in die Lage versetzt, den Versicherungsnehmern, mit denen sie auf solchem Wege in ständige Geschäftsverbindung treten, gewisse Erleichterungen zu gewähren, die sich in erster Linie in der Gestaltung der Selbstbeteiligung und der Höhe der Versicherung sowie der technischen Abwicklungen der einzelnen Deduktionen auswirken.

Die Lage in China

Zur Feier der Proklamation Nantings als Sitz der nationalistischen Regierung wurde in Nanjing eine Massenversammlung abgehalten, in welcher die Auslösung der Kommunisten aus der nationalistischen Partei und die Befestigung der ungerechten einseitigen Verträge mit den fremden Mächten gefordert wurde. Andererseits hat die kommunistische Kantauer Regierung Tchangkaifang als Oberbefehlshaber der nationalistischen Armee abgesetzt und zu seinem Nachfolger Fengguifang ernannt. Man will nach Nanjing marschieren und Tchangkaifang angreifen. Bei Kämpfen in Kanton wurden ungefähr 100 Kommunisten getötet und 1100 gefangen. Auch in Schanghai wurde die kommunistische Agitation durch die Truppen Tchangkaifangs unterdrückt. Es verharren nur noch verhältnismäßig wenig Arbeiter im Ausstand.

Nach englischen Blättermeldungen haben sich die Zustände in Nanjing trotz der Versprechungen Tchangkaifangs nicht gebessert. — Kein Ausländer könne an Land gehen. Wer sich noch in Nanjing aufhaltenden ausländischen Zivilisten müßten die Stadt verlassen.

Kurze Nachrichten

Deutsche Marineeinheiten im Auslande. Linienerschiff „Schleswig-Holstein“, Kreuzer „Amazona“ und „Berlin“ sind am 16. April in Porto da Praia, Linienerschiff „Graf“ und „Hessen“ in Porto Grande, Kreuzer „Rhin“ am 17. April in Santa Cruz de Teneriffa eingetroffen. Vermessungsschiff „Meteor“ hat am 18. April Para verlassen.

Ein Gnabengesuch für Klemm. Wie die Berliner Blätter erfahren, ist wegen des Todesurteils an dem früheren Fremdenlegationär Klemm, des ehemaligen Stabschefs Abd-el-Krim ein Gnabengesuch der Mutter des Verurteilten seitens der Deutschen Regierung an die französische Regierung geleitet worden.

Ein französisches Kriegesgerichtsurteil. Das französische Kriegesgericht in Mainz verurteilte den Kaufmann Schmiedel zu 150 M. Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis, weil er in Höchst am Main zur Geldsammlung für einen Denkmalsfonds zur Errichtung eines Gefallenendenkmals des Mainzer Infanterieregiments 87 aufgeföhrt hatte.

Zionistenkongress in Basel. Die Exekutive der zionistischen Organisation, die in London tagte, hat beschlossen, den nächsten Zionistenkongress auf den 24. August nach Basel einzuberufen.

Austritt des ägyptischen Kabinetts. Das ägyptische Kabinett ist zurückgetreten. Veranlassung gab eine Abstimmung in der Kammer, in der die Jaglub-Partei gegen die Regierung stimmte. Der Premierminister erklärte, daß insbesondere die ständigen Angriffe auf die Wirtschaftspolitik des Kabinetts die Erschütterung der Regierung herbeigeführt hätten.

Das neue japanische Kabinett wird sich wie folgt zusammensetzen: Premierminister und Minister des Auswärtigen: Baron Tanaka, Minister des Innern: Kitamura Tokuji, Finanzminister: Kurejima Takahashi, Kriegsminister: General Kazuoka Tsuno, Marineminister: Admiral Kijuro Ota.

Bildende Kunst in Karlsruhe

Eine Jubiläumsausstellung im Kunstverein: der Karlsruher Bildhauer Prof. Dr. h. c. Hermann Volz hat kürzlich seinen 80. Geburtstag gefeiert. Wichtige Arbeiten aus seinem Lebenswerk von 1879 an sind jetzt ihm zu Ehren hier vereinigt, den Älteren zur Freude, den Jüngeren — nun, sagen wir zum Nachdenken.

Es ist eine uns jetzt merkwürdig ferne und fremde Zeit, die Volz heraufbeschwört, jene Zeit, in der sich der Kaufmann gebildet, als wäre er Rothschild, und der Kanzleigewaltige, als wäre er Peter der Große oder Ivan der Schreckliche, und der Maler, als wäre er Tizian und Rembrandt zugleich, und der Bildhauer, als wäre er wenigstens Michelangelo. Es ist jene Zeit der großen Geste und — des Surrogats, die Zeit, die Gips für Marmor ausgab. Es wäre falsch, diesen Jahrzehnten nach dem 70er Kriege jede Größe abzusprechen. Im Gegenteil, es hat etwas imponierendes, dieses Greifen nach dem Höchsten, aber zugleich etwas Tragisches. Wir haben heute den Abstand von den unseligen Gründerjahren, um ohne Haß feststellen zu können, daß selten einmal das Greifen kein Fehlgriff war.

Kind dieser Zeit nun ist Volz, und ihr Bildhauer ist er auch. Seine zahlreichen Porträts müssen erstaunlich ähnlich gewesen sein. Verblüffend geschickt sind sie jedenfalls als rein technische Leistung. Das schlagende aber ist die Gleichförmigkeit in der geistigen Haltung aller dieser Köpfe. Das ist der Geist — oder vielmehr der Angest der Gründerjahre, der aus den Gesichtern spricht, jene Sucht, nach einem sozial höheren Typus hin zu stilisieren, der auch seinerseits wieder nur Karven ist. In dieser Zeit des geglätteten Scheins hat Volz gestanden mit seiner ganzen Kunst, und er ist nie von ihr los gekommen. Man staunt, wenn man hört, daß eine der Büsten noch direkt aus dem Atelier in die Ausstellung gekommen ist, so lebendig ist noch in diesem Werk von 1927 jene Art von Lebensgefühl der Generation um 1880.

Wehr noch als die Köpfe und Büsten, die Porträts bestimmter Menschen, sind die freien Schöpfungen dem Willen jener Zeit unterworfen. Wir alle kennen von Straßen und öffentlichen Plätzen her die unseligen Denkmäler, die, mehr oder weniger mit falschen Allegorien beladen, die Figur irgend-

Badischer Teil

Mandataniederlegung des Reichsfinanzministers Dr. Köhler

Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat, wie der „Bad. Beob.“ meldet, dem Präsidenten des Badischen Landtages mitgeteilt, daß er in den nächsten Tagen mit seiner Familie endgültig seinen Wohnsitz nach Berlin verlegen werde und deshalb sein Mandat zum badischen Landtag niederlege.

Dr. Köhler gehörte dem badischen Landtag seit Oktober 1918 an. Er wurde als junger Politiker seinerzeit auf Vorschlag des Geistl. Rats Wader von den Vertrauensmännern des Wahlkreises Bühl-Baden als Kandidat aufgestellt. Der Bezirk war eine sichere Zentrumsdomäne. Mit über 80 Prozent der abgegebenen Stimmen bei einer sehr starken Wahlbeteiligung wurde Köhler gewählt. Die Zentrumsfraktion des bad. Landtags entsandte den jungen Abgeordneten alsbald in die Budgetkommission, wo er das Referat über den Etat der Wasser- und Straßenbauverwaltung erhielt. Nach der politischen Umwälzung wurde Köhler im Wahlbezirk Karlsruhe-Bruchsal aufgestellt, den er bis heute vertreten hat. Vor seiner Ernennung zum badischen Finanzminister im April 1920 war er regelmäßig der Statthalter der Fraktion auf dem Gebiet des Finanzwesens. Außerdem griff er stets in die politischen Debatten des Landtags ein.

Mit Bedauern sieht die Zentrumsfraktion des Badischen Landtags — so schreibt dazu das Karlsruher Hauptorgan des Zentrums — Dr. Köhler aus ihrer Mitte scheiden für die sein Wissen, seine Arbeits- und Tatkraft fast unersehlich ist. Wäre ihm in der Reichshauptstadt eine lange und gesegnete Tätigkeit für Volk und Vaterland beschieden sein. — Als Nachfolger Dr. Köhlers zieht Hauptlehrer Verberich-Bruchsal in den Badischen Landtag ein.

Zur bevorstehenden Wahlreform

Schreibt Landtagsabg. Seubert dem „Bad. Beobachter“: Meine Ausführungen über die bevorstehende Wahlreform auf der Bezirkskonferenz in Bühl wurden in der Presse falsch wiedergegeben. Ich habe etwa folgendes zu diesem Punkt gesagt:

„Vor der Revolution hatte jeder Bezirk seinen Abgeordneten. Wir hatten 78 Wahlkreise, von denen jeder seinen Abgeordneten wählte, also auch 78 Abgeordnete. Nach der neuen Verfassung bekamen wir die Listenwahl mit Proporz. Das Land war in 4, später in 7 Wahlkreise eingeteilt; auf je 10 000 Stimmen erhielt eine Partei einen Abgeordneten. Die Bestimmen kamen auf die Landesliste. Die Zentrumsfraktion, die von jeher an dem reinen Proporz keine Freude hatte, erstrebte, gleich nachdem dessen Mängel sehr stark hervorgetreten, wieder die Einzelwahl. Wir glaubten, daß etwa 40 Wahlkreise unter Beibehaltung des Proporz das Richtige wären. Die anderen Parteien, insbesondere die Splitterparteien, widerlegten sich unsere Forderungen. Bei der letzten Regierungsbildung brachten wir unsere Wünsche wieder vor und die Regierungserklärung zu Anfang dieser Legislaturperiode enthielt die Ankündigung eines diesbezüglichen Gesetzentwurfs. Nun wird die Ankündigung Wirklichkeit. Im Staatsministerium ist, soweit ich unterrichtet bin, ein Gesetzentwurf verabschiedet, der statt seither sieben künftig 22 Wahlkreise vorsieht und der dem Landtag demnächst zugehen wird oder schon zugegangen ist. Dieser Gesetzentwurf kann uns nicht befriedigen; wir können ihn aber als einen Schritt zur Einführung der Einzelwahl betrachten. Wie in vielen andern Fragen, mußten wir auch hier einen Kompromiß abschließen.“ — Wenn die „Neue Bad. Landeszeitung“ meint, die Wahlreformfrage sei vertraulich zu behandeln gewesen, so ist dies meines Erachtens richtig, solange die Vorlage im Staatsministerium nicht verabschiedet war. Nachdem dies aber geschehen war, ist man an die Vertraulichkeit nicht mehr gebunden.

Einführung der Goldschahenweisungen des Landes Baden von 1923 (Baden-Dollars)

Wie im Staatsanzeiger bekanntgegeben ist, werden die im Oktober 1923 vom Lande Baden ausgegebenen Goldschahenweisungen (Baden-Dollars) auf den Fälligkeitstag, d. i. den 2. Mai 1927, zur Einlösung aufgerufen. Sie werden bei der Badischen Staatsschuldverwaltung in Karlsruhe zum Kurs von 4,20 M. = 1 Dollar — die Stücke zu 1 und 2 Dollar zusätzlich der aufgelaufenen Zinsen — eingelöst.

Anschlußbestrebungen an Säckingen. Ein sehr erheblicher Teil der Einwohnerschaft von Ballbach bei Säckingen erlirbt den Anschluß Ballbachs an die Stadt Säckingen. Zur Zeit sind Einzeichnungslisten im Umlauf, um festzustellen, wie weit dieser Gedanke Unterstützung findet.

Gau Baden im Reichsbund der Kriegsbeschädigten

Der siebente badische Gaug des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen in Pforzheim, war äußerst stark besucht. Es waren etwa 41 Ortsgruppen durch über 80 Delegierte vertreten, die im ganzen 27 000 Kriegsoffer mit rund 75 000 Familienangehörigen vertraten. Die Regierung hatte als Vertreter den Regierungsrat Dietrich vom Ministerium des Innern gesandt. Vom Landesversorgungsausschuss Baden war Direktor Freydt erschienen. Außerdem waren noch Landrat Dr. Holterer (Pforzheim) und eine Reihe Vertreter außerbadischer Bezirke, u. a. auch ein Vertreter der Schweizer Bundesangehörigen zugegen.

Die Tagung begann am Samstag vormittag 10 Uhr mit einer öffentlichen Sitzung im Bürgerauschussaal. Die Wahl des Büros und der Kommission vollzog sich glatt. Den Geschäftsbericht erstattete in über einstündiger Rede Gauleiter Marquardt (Heidelberg), der gleichzeitig ein Referat über Sozialpolitik und Organisationsfragen hielt. Den Kasernenbericht erstattete Revisor Gohl. Das Vermögen hat sich auf 10 522 Mark erhöht. Darauf wurde in einer internen Sitzung der Gesamtvorstandschäft Entlastung erteilt. Abends fand im Saalbau die zehnjährige Gründungsfeier des Gaues Baden und des Reichsbundes statt, bei der 26 Gründungsmitglieder eine von der Ortsgruppe Pforzheim gestiftete Plakette überreicht wurde. Am Sonntag vormittag fand bei einer Beteiligung von 2000 Personen im Saalbau eine öffentliche Kundgebung statt. Die Hauptrede hielt Bundesvorsitzender Marde (Berlin). Nach Schluß der Kundgebung wurde einstimmig eine Entschickung angenommen, in der der Entschickung Ausdruck gegeben wurde, daß der Reichstag die Wünsche der Kriegsbeschädigten abgelehnt hat. Auf dem Ehrenfriedhof, wo Kranzniederlegungen erfolgten, hielt ebenfalls der Bundesvorsitzende eine wirkungsvolle Gedächtnisrede. Am Sonntag nachmittag wurden die Beratungen im Bürgerauschussaal fortgesetzt und eine ganze Reihe von Vorschlägen in nicht öffentlicher Sitzung beraten. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Ein im Saalbau abgehaltenes Festbankett brachte einen würdigen Abschluß der Tagung.

Tagungen

Deutscher Landgemeindetag. Am 22. und 23. April wird im Rathaus zu Heidelberg der Gesamtverband des deutschen Landgemeindetages versammelt sein, um über das kommende Reichstagesgesetz für die Realsteuern u. a. zu beraten.

Gemeinde-Rundscha

Vorauszahlung auf die Gemeindefeuer in Karlsruhe. Für das Rechnungsjahr 1927 werden die Vorauszahlungen auf die gemeindliche Grund- und Gewerbesteuer in Karlsruhe vorläufig in gleicher Höhe wie 1926 mit 58 Pf., zuzüglich 4 Pf. Kreissteuer von je 100 M. Steuerwert des Grund- und Gewerbesteuermögens erhoben. Die Steuer ist in gleichen Raten und zu den gleichen Terminen wie bisher zu entrichten.

Weitere Besserung der Arbeitsmarktlage im Bezirk Mannheim. Am 5. April betrug die Zahl der beim Arbeitsamt Mannheim gemeldeten Arbeitsuchenden 14 894, darunter 4 389 weibliche. Auf den Stadtbezirk entfallen 11 845 Erwerbslose, darunter 3 490 weibliche. Von diesen Erwerbslosen werden 6 779 von der Erwerbslosenfürsorge, 2 063 von der Arbeitsfürsorge unterstützt. Gegenüber dem 29. März ist ein Rückgang um 433 eingetreten. Der Arbeitsmarktverkehr war sehr reger und ermöglichte eine außerordentlich große Zahl von Vermittlungen. Das Fortschreiten der Besserung war jedoch dadurch gehemmt, daß Industriearbeiterinnen nicht mehr so stark gesucht waren und dadurch, daß die gebotenen Beschäftigungen meist nur kurzfristig waren. Besonders stark war die Nachfrage nach metallverarbeitenden Fach- und Hilfskräften, Schneidern und Schneiderinnen, Wandhandwerkern, Gastwirtschaftspersonal, Hausgehilfinnen und ungelerten Arbeitern.

Die Eingemeindung von Dos mit Baden-Baden. Der Stadtrat Baden-Baden beschloß sich mit der Frage der Eingemeindung von Dos. Die Grundlage der Besprechung bildete der von der Gemeinde Dos vorgelegte Eingemeindungsbericht, der einzelne Bestimmungen enthält, die voraussichtlich zu nicht ganz leichten Verhandlungen Anlaß geben. Die Kommissionsberatungen sollen gleich nach Ostern aufgenommen werden.

Das 700jährige Jubiläum der Stadt Ettlingen. Wie jetzt bestimmt verlautet, wird die Feier des 700jährigen Jubiläums der Stadt Ettlingen am 26. Juni oder 2. Juli offiziell abgehalten werden.

eines Fürsten, eines Dichters oder Komponisten bereuigen. Solche Denkmäler, die ja damals jeder Bildhauer, der auf sich hielt, dudenweise machen mußte, hat auch Volz geschaffen. Ein paar verhältnismäßig zurückhaltende und bescheidene Modelle sind in der Ausstellung, um daran zu erinnern. Wichtiger sind die ganz losgelassenen figurlichen Schöpfungen. Auch hier herrscht die Rufe. Wenn in früheren Jahrhunderten ein Bildhauer eine Bieta schuf, war ihm höchste Aufgabe, die Seelennot der Mutter um ihren toten Sohn zu schildern. Volz gibt einen schönen Leidnam, der grazios in die Mantelfalten einer hübschen Frau sinkt: äußerlich von demselben technischen Können wie die Porträts, aber fast und seelenlos. Das ist das Kennzeichen aller Arbeiten: Kälte und Exakttheit. Jedes innere Leben ist getötet durch die peinliche Genauigkeit, mit der jede harmlose Rufe vorerzogen wird. Das ist Drill, aber nicht geistige Schöpfung. — Und so war noch bis in die 90er Jahre hinein die offizielle Kunst in Deutschland, neben der alle die Künstler, deren Namen heute mit größter Ehrfurcht genannt werden, die Veibl, Marées, Feuerbach, die Hildebrandt, noch schwer kämpfen mußten, um überhaupt Beachtung zu finden. Es liegt eine ungeheure Tragik in dem Weiterpflegen längst verschwundener Lebensideale, wie es sich in dem Werk von Volz zeigt.

Wie Volz kann auch der Maler, dessen Bilder zwischen den Bildhauerarbeiten des großen Saales hängen, nicht aus der Zeit heraus, in der er die entscheidenden künstlerischen Einbrüche seines Lebens gehabt hat. Es ist der Münchner Prof. Otto Strübel. Seine Reisezeit lag offenbar in den 1880er Jahren. Das größte Bild der Ausstellung ist, soviel ich gesehen habe, das früheste. Es stammt aus dem Jahre 1889. Als es gemalt wurde, ist es gewiß sehr, sehr modern gewesen und als besondere künstlerische Tat angefaßt worden. Es ist auch ohne Zweifel eine Leistung, die wir heute noch historisch wie ästhetisch wertend bewundern können. Dargestellt ist eine Partie des alten Münchens mit der Isar, im Hintergrunde das Maximiliansdenkmal. Aber es ist keine Debutarbeit; es ist direkte Freidmalerei, die die Stimmungswerte einer Landschaft an Ort und Stelle auf der Leinwand einzufragen sucht. Hier, in diesem Bilde, ist schon der Ton angeschlagen, der durch die Bilder Strübels weiterklingt bis jetzt: kalte, feuchte Vorfrühlingsluft, die weiße Wolken, wie sie auch die Daulauer immer

wieder gemalt haben. Es ist bezeichnend, daß man ohne die deutliche Datierung 1886 nie darauf kommen würde, daß fast ein Menschenalter zwischen dem großen Alt-München-Bild und dem daneben hängenden „Morgens“ liegt. Strübel malt heute noch wie in seinen jungen Jahren, vielleicht ein wenig leichter und sicherer, aber immer im Geiste getreu den Erfahrungen seiner ersten Mannesjahre. Der Revolutionär der 80er Jahre ist heute der künstlerisch arrivierte, geschmadvolle alte Herr, dessen Wider bisweilen sogar dem Entel noch etwas bedeutet, wenn sie so delikt gemalt sind, wie der „Edelnde Winter“.

Weit von dieser geschmadvollen Kultur und von dem technischen Können Strübels entfernt ist Johanna Dill-Malburg, deren Kunst gewachsen ist unter dem Glanz der Ruhmesfonne ihres Mannes ohne je eine ausgesprochen persönliche Kraft und Eigenart zu finden.

Soll man über die Malereien Reinhold Amtsbüblers, die den ersten Saal füllen, noch ein Wort sagen? Was hier an Qualität fehlt, ist durch Quantität ersetzt. Es wäre dem Maler besser gewesen, wenn er nur ein paar kleine Skizzen gezeigt hätte, anstatt der großen „ausgeführten“ Bilder, die bestenfalls Handwerk sind, aber nicht Kunst.

Was Amtsbübler an Bergeistigung vermissen läßt, hat Josefina Schaller zu viel. Sie zeigt zum erstenmale hier eine größere Anzahl ihrer eigenartigen Bilder, einen „Zyklus der Spiegelbilder“. Das sind sehr merkwürdige Schöpfungen, gedanklich über Gebühr belastet, beladen mit Beziehungen, physisch hoch interessante Aufzerrungen eines Menschen, der ethisch mit sich und seinem Dämon ringt. Das Problem Mann-Weib verfolgt die Künstlerin und treibt sie zu symbolhaften Aufzerrungen, die zum Teil hart an der Grenze des künstlerisch Möglichen stehen, zum Teil die Grenze sogar überschreiten. Sie kommt aber durch die Last ihrer Gedanken zu künstlerischen Entladungen, die bisweilen überraschend gut sind. Es bleiben jedoch Reste des menschlich Ungelösten, die den Genuß der Bilder erschweren. Zu bewundern ist auf alle Fälle der Mut der Problemstellung.

Als harmloser Abschluß nach diesen ernsten Arbeiten seien nur kurz die weichen Landschaften von Richard Diller im kleinen Treppentraum und die Malereien von Hans Otto Feiler im Treppentraum genannt.

Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Schweiberg (Baden), 19. April. Die hiesigen Steinbrüche, die ein vorzügliches Straßenschottermaterial liefern, standen weit über die Grenzen Badens hinaus in hohem Ansehen. Jetzt ist ein Unternehmen im Gange, das der Industrie neuen Impuls geben will. Das Werk befaßt sich mit der Lieferung und Herstellung von allen Arten Straßenschotter, Bau- und Zementklotter. Außerdem soll ein Kalk- und Zementwerk angeschlossen werden.

Freiburg, 18. April. Heute nachmittag ist auf dem hiesigen Flugplatz das Fokkerflugzeug D 752 der Deutschen Luftflanz, von Stuttgart kommend, hier eingetroffen, das den Dienst auf der Flugverkehrslinie Freiburg—Stuttgart und zurück in der diesjährigen Saison übernimmt. Die Inbetriebnahme des Freiburger Flughafens für die diesjährige Flugaison war mit einer schlichten Feier verbunden, bei der Bürgermeister Goelz (Freiburg) die mit dem Flugzeug D 752 und einem Junkersflugzeug eingetroffenen auswärtigen Gäste namens der Stadt Freiburg begrüßte, während Reg.-Rat Dr. Weismann, der Referent für Luftverkehrsangelegenheiten im badischen Innenministerium, der Stadt Freiburg versicherte, daß die badische Regierung sich des Anschlusses der Stadt Freiburg an das deutsche Luftverkehrsnetz von ganzem Herzen freue. Die Deutsche Luftflanz war vertreten durch Graf Aros-Vallen aus München, die Württembergische Luftverkehrs A.-G. durch ihren Direktor Jöbel aus Stuttgart, während die Luftverkehrsgesellschaft Schwarzwald ihren Vorsitzenden, Generaldirektor Dr. Kengenheiser entsandt hatte.

D.3. Freiburg i. Br., 19. April. Professor Dr. Brie, der als Nachfolger von Professor Dr. Nagler für das Studienjahr 1927/28 zum Rektor der Universität Freiburg gewählt worden war, hat sein Amt zum 15. April übernommen. Die Feier der Rektorsübergabe soll am 21. Mai in der Aula der Universität stattfinden.

D.3. Müllheim, 19. April. Zum Ostersfest ist hier der neue Poststempel in Benutzung genommen worden. Er trägt ein eine Traube herum die Aufschrift: Müllheim (Baden), Hauptort des Markgräfler Weinlandes.

D.3. Schopfheim, 19. April. Wie alljährlich, so fand auch an diesem Ostermontag auf dem Dörfenbacher Schlachtfeld eine Gedächtnisfeier für die dort gefallenen Freischärler von 1848 statt. Die Feier wies eine zahlreiche Beteiligung auf. Bis her hatte die Sozialdemokratische Partei immer die Organisierung der Feier durchgeführt, während sie von diesem Jahre ab vom Reichsbanner übernommen worden ist. Die Festrede hielt Prof. Guth aus Lörrach.

D.3. Wagenschwend, 19. April. Unter allgemeiner Teilnahme der Bevölkerung unserer und der umliegenden Gemeinden feierte der zweite Sohn des Reichstagsabgeordneten Damm seine Primiz, während gleichzeitig der älteste Sohn mit einer Münchnerin getraut wurde. Als Festgäste waren u. a. erschienen Reichsfinanzminister Dr. Brüder, Reichsstaatsminister a. D. Dr. Wirth, die Reichstagsabgeordneten Sommer, Gering, Diez und Gehrig. Die Festpredigt hielt der Onkel des Primizianten, Vater Josef, der Bruder des Abg. Damm. Der Ort trug reichen Flaggenschmuck.

D.3. Engen, 16. April. Der Jahresbericht des Getreidebagerhauses Degau weist bei gutem Geschäftsgang einen Umsatz von 548 000 Mark, in Waren 340 Eisenbahnwaggonen auf. Die Geschäftsanteile werden mit fünf Prozent verzinst und im nächsten Jahre auszubezahlt. In der Generalversammlung wurde eine Statutenänderung genehmigt, die ausscheidenden Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder wurden auf weitere drei Jahre sämtlich wieder gewählt.

D.3. Vörsach, 16. April. Die Oberheinische Verkehrs-gemeinschaft hat der Reichsbahndirektion eine Eingabe unterbreitet, in der sie im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch des Reichsbahngeneraldirektors Dormüller in Karlsruhe auf die unhaltbaren Verkehrszustände des hinteren Wiesentals aufmerksam macht.

D.3. Schwellingen, 16. April. Auf dem heutigen Wochenmarkt wurde der erste Spargel gehandelt. Die Ware war recht gute erste Sorte und kostete 1,30 RM. Das Erdreich ist gründlich durchweicht. Der Spargel braucht jetzt vor allem ausgiebig Sonne.

**Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen**

	20. April		19. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.58	169.20	168.56	168.98
Kopenhagen 100 Kr.	112.44	112.72	112.43	112.71
Italien . . . 100 L.	21.28	21.34	21.25	21.31
London . . . 1 Pf.	20.464	20.514	20.462	20.514
New York . . . 1 D.	4.214	4.224	4.2135	4.2235
Paris . . . 100 Fr.	16.505	16.545	16.505	16.545
Schwiz : 100 Fr.	81.055	81.255	81.045	81.245
Wien . . . Schilling	59.25	59.39	59.25	59.39
Prag 100 Kr. 100	12.473	12.513	12.473	12.513

Die amtliche Großhandelsindexziffer ist mit 134,8 gegenüber der Vorwoche nahezu unverändert geblieben.

Forzheimer Bankverein, A.-G., Forzheim. In dem Geschäftsbericht bezeichnet der Vorstand das Jahr 1926 als eine Periode des langsamen Wiederaufbaues unserer Wirtschaft, von der auch die heimische Gummiwarenindustrie in bescheidenem Maße Nutzen zog. Das Ergebnis des Geschäftsjahres war nicht ungünstig. Im Berichtsjahr konnte der offenen Reserve vorweg ein Betrag von 55 000 RM. zugeführt werden. Der Reingewinn beträgt 31 212 RM. Es wird vorgeschlagen, 7 Proz. Dividende auf 300 000 RM. alte Aktien zu verteilen, dem Reservefonds 5000 RM. zuzuwenden, 4200 RM. Zantiemen zuzubilligen und den Rest von 1012 RM. auf neue Rechnung vorzutragen. Die Generalversammlung findet am 25. April statt.

Am 19. April 1927 verschied nach kurzem Kranksein der Vorsitzende unseres Aufsichtsrates

Herr Adolf Wilser
Verbandsdirektor.

Der Verblichene gehörte seit 1895 dem Aufsichtsrat unserer Kreditgenossenschaft an und war seit 1898 dessen Vorsitzender.

Er hat während dieser langen Zeit seine reichen Erfahrungen und umfangreichen Kenntnisse auf kaufmännischem und gewerblichem Gebiete in den Dienst unserer Bank gestellt und zum Gedeihen unseres Instituts in hervorragendem Maße beigetragen.

Wir betrauern in ihm nicht nur den von echt genossenschaftlichem Geiste erfüllten treuen Berater, sondern auch einen Mann von edelsten menschlichen Eigenschaften, mit dem wir uns in aufrichtiger Freundschaft verbunden fühlten.

Unauslöschlicher Dank und ehrendes Gedenken bleiben ihm gesichert.

Karlsruhe, den 20. April 1927.

Aufsichtsrat und Vorstand
der Vereinsbank Karlsruhe e. G. m. b. H.

Gesuch des Meßgers Karl Philipp Ruhgung in Berghausen um Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Schlachttätte in seinem Anwesen Brückstr. Nr. 21 in Berghausen.

Der Meßger Karl Philipp Ruhgung in Berghausen hat um die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Schlachttätte in seinem Anwesen, Brückstr. Nr. 21 in Berghausen nachgesucht.

Etwaige Einwendungen gegen das geplante Unternehmen sind innerhalb 14 Tagen vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder zu Protokoll beim Bezirksamt Karlsruhe oder beim Bürgermeisterrat Berghausen vorzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verjährt gelten.

Die Pläne und Beschreibungen liegen während der 14-tägigen Einspruchsfrist beim Bezirksamt Karlsruhe — Zimmer 55 — und beim Bürgermeisterrat Berghausen zur Einsicht offen.

Karlsruhe, den 16. April 1927. D.3.48
Badisches Bezirksamt — Abt. IV.

Aufgebot.

A.334. Baden. Rechtsanwalt Dr. Ernst Herrmann in Baden als Nachlassverwalter über den Nachlaß des am 5. März 1926 in Baden verstorbenen Dentisten Hans Herrmann Otto Kopp hat das Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Ausschließung von Nachlassgläubigern beantragt.

Die Nachlassgläubiger werden daher aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlaß des Genannten spätestens in den auf den

Dienstag, den 12. Juli 1927, vorm. 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Baden anberaumten Aufgebotsstermin bei diesem Gericht anzumelden.

Die Anmeldung hat die Angabe des Gegenstandes und des Grundes der Forderung zu enthalten. Beweismittel sind in Ur- oder Abschrift beizufügen.

Nachlassgläubiger, welche sich nicht melden, können unbeschadet des Rechts vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden, von dem Erben nur insoweit Befriedigung verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuß ergibt. Nach der Teilung des Nachlasses haftet jeder Erbe nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit. Die Gläubiger aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen, sowie die Gläubiger, denen der Erbe unbeschränkt haftet, werden durch das Aufgebot nicht betroffen. Baden, den 6. April 1927. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

A.342. Rahr. Das Konkursverfahren über das Vermögen der offenen

Handelsgesellschaft „Mechanische Wundweberlei Rahr“ in Rahr ist nach rechtskräftiger Befestigung des Zwangsvergleichs aufgehoben.

Rahr, den 13. April 1927. Amtsgericht.

A.343. Offenburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. Hans Bergmann, Kurze, Weiß- u. Wollwarengeschäft Offenburg, wird aufgehoben, nachdem der im Termin vom 3. XII. 1926 angenommene Zwangsvergleich rechtskräftig bestätigt ist. Offenburg, 12. April 1927. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Nadelnlangholzverkauf. Das Forstamt Donnorf (Bad. Schwarzwald) verkauft freihändig etwa 2040 Festmeter Nadelstämme und Abschnitte aus der Winterfällung 1926/27 in 11 Losen (darunter 4 Lose Schwarzholz). A.338 Schriftliche, in ganzen Prozenten der V.G.P. ausgedrückte Gebote werden bis Donnerstag, 28. April 1927, vormittags 10 1/2 Uhr, angenommen. Loszeichnungsformulare durch das Forstamt erhältlich.

Dachbedungsarbeiten. Los I. Landgüterhalle II u. V Hauptgüterbahnhof Mannheim 1800 m² teerfreie Pappe einzudecken, 1800 m² alte Zinkblechbedachung abzunehmen, 180 m² neue Dachanlässe. Los II. Landgüterhalle IV daselbst 1900m² alte Schieferbedachung abzunehmen, 500 m² Schieferbedachung aus alten zugerichteten Schieferern. 1400 m² neue Schieferbedachung, 180 m²

Schneefangdielen, 180 m neue Dachanlässe, 94 m Ablaufrohre nach Maßgabe der vorläufigen Verbindungsvorschriften der Reichsbahndirektion Karlsruhe öffentlich zu vergeben. Bedingnisheft an Werktagen bis 1/2 7 Uhr — Samstag bis 1 1/2 — bei der Hochbahnmeisterei I Güterhallenstraße 48 II. Etage zur Einsicht. Dort Abgabe der Angebotsvorbrude gegen Selbstkosten solange Vorrat reicht. Angebote verschlossen, postfrei mit Aufschrift versehen bis längstens Montag, den 2. Mai, vorm. 1/2 11 Uhr, an die Bauhauinspektion I Mannheim, Tunnelstr. 5, einzureichen. A.337 Zuschlagsfrist 4 Wochen. Vorstand der Bauhauinspektion I Mannheim.

Detektiv-Institut
- u. Privat-
Auskunft
Argus
Mannheim
Planen
Sohlstr. 335/35
A. Maier & Co., G.m.b.H.



Badisches Landestheater
Donnerstag, 21. April 1927
* D 23 (Donnerstagniete)
Ab-Gem. 1001—1100

Die Bohème
von Puccini
Musikalische Leitung:
Alfons Fischer
In Szene gesetzt von
Helmut Grohe

Rudolf Schaunard
Maxcel Collin
Bernard Mimmi
Rufette
Parpignol
Alcindore
Sergeant
Wächter
Anfang 8
I. Speerstr. 27.
Fr. 22. April Der Dieb
Sa. 23. April Neu einstudiert
Judith

COLOSSEUM
Heute mittag 3 Uhr
Kinder-Märchen-
Vorstellung
Der gestiefelte Kater
Abends 8 Uhr
Sonntags 4 und 8 Uhr
Theater
künstl. Menschen

Landesbank f. Haus- u. Grundbesitz, e. G. m. b. H. Karlsruhe
Bilanzen für die Jahre 1925 und 1926
nach genehmigter Gewinnverteilung.

	1926		1925	
	1926	1925	1926	1925
Activa				
Kassenbestand	61 820.79	13 848.87		
Wechselbestand	373 608.50	76 680.87		
Bankguthaben	103 480.84	50 274.60		
Bertpapiere (mündelsicher)	41 027.36	—		
Forderungen in lfd. Rechnung, (sämtl. gedeckt)	1416 353.90	351 246.03		
Beteiligungen (Zentralkasse)	1 325.—	1 000.—		
Darlehensforderungen	87 665.05	110 055.20		
Bürgschaftsforderungen	25 030.—	16 000.—		
Inventar	1.—	1 653.73		
Hausgrundstück in Mannheim L 2, 2 (Steuerwert RM. 112 500.—)	65 000.—	60 000.—		
	2175 312.44	680 759.30		
Passiva				
Geschäftsguthaben:				
verbleibender Mitglieder RM. 145 328.40				
ausstehender " RM. 2 700.25	148 028.65	62 916.25		
Gesetzliche Rücklage	10 000.—	5 000.—		
Guthaben von Banken	38 707.28	2 124.13		
Einlagen in lfd. Rechnung	525 626.60	118 855.28		
Speziallagen:				
mit täglicher Kündigung RM. 122 497.46				
monatl. " 470 996.14				
3 mtl. Abg. u. länger " 719 640.04	1313 133.64	332 953.39		
Darlehen mit dreimonatl. Kündigung	103 386.—	128 000.—		
Verficherungen	—	9 701.22		
Bürgschaftsverpflichtungen	25 030.—	16 000.—		
Dividendenkonto	10 163.85	3 317.90		
Gewinnvortrag	1 236.42	1 891.13		
	2175 312.44	680 759.30		

Mitgliederbewegung und Saffsumme.

Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. Januar 1926: G. 315

	Zugang 1926	Abgang 1926	Stand am 1. Januar 1927
Zugang 1926	382	388	382
Abgang 1926	388	412	382
Zum Jahreschluss scheiden aus	765	800	800 000.—
Stand am 1. Januar 1927	32	32	32 000.—
Stand am 1. Januar 1927	733	768	768 000.—

Karlsruhe, den 31. Dezember 1926.
Landesbank für Haus- u. Grundbesitz e. G. m. b. H., Karlsruhe.

Städtische Sparkasse Heidelberg
— öffentl. Spar- u. Creditanstalt —

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	119 105.96	1. Spareinlagen	6 431 837.92
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheidamt	1 159 582.78	2. Giro- und Kontokorrent-Einlagen	1 412 657.75
3. Wertpapiere	982 693.50	3. Sonstige Einlagen	400 000.—
4. Wechsel	229 800.41	4. Reichskredit für Wohnungsbau	300 000.—
5. Darlehen auf Hypotheken	1 521 396.22	5. Vorausserhobene Zinsen	9 139.32
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	2 036 266.55	6. Rücklagen:	
7. Darlehen an Gemeinden	2 623 266.82	a) Reservefonds	228 941.31
8. Reichskredit für Wohnungsbau	300 000.—	b) Sonderrücklage	62 364.98
9. Grundstücke u. Gebäude	249 047.20	c) I. Rate für Neubau	50 000.—
10. Gerätschaften	1.—	7. Aufwertungsstud.	222 619.71
	0 221 160.44	8. Reingewinn	103 598.45
			9 221 160.44

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus RM 7.344.495.67 Einlagen = RM 362 224.76
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 = RM 332 540.26

Somit weniger RM 59 684.50
Heidelberg, den 11. April 1927.
Der Vorstehende des Verwaltungsrates, Fr. Wielandt, I. Bürgermeister.
Der Geschäftsführer, Berger, Direktor.